

Zur Diskussion um die Bundestagswahl:

Brief an einige KB-Genossen

Liebe Genossen,

im Mai dieses Jahres waren wir eingeladen zu Eurem Treffen »Betrieb und Gewerkschaft«. Während der Diskussion wurde natürlich auch die Frage angeschnitten, wie die Linken zur Bundestagswahl Stellung nehmen sollen.

Die damals begonnene Diskussion möchten wir in Form dieses Briefes noch einmal aufgreifen, einerseits macht Eure im »Arbeitskampf« begonnene Diskussion es notwendig, einige schon auf dem Treffen angeschnittenen Punkte etwas gründlicher zu behandeln, andererseits hat die Gruppe Arbeiterpolitik inzwischen eine Stellungnahme zur Wahl verabschiedet, die sich **nicht** an die linken Gruppen, sondern an die Arbeiter und Angestellten wendet, die mit ihrem Kreuz für die SPD einen Kanzler Strauß verhindern wollen. An dieses Denken anknüpfend versuchen wir zu erklären, was nach der Wahl passieren kann, was in der weiteren Entwicklung die Rolle der SPD sein wird und was notwendigerweise die nächsten Schritte der noch wenigen klassenbewußten Arbeiter sein müssen.

Sofern dieses für den KB und die linken Gruppen überhaupt noch interessant ist, — Eure Diskussion im AK 182 + 183 läßt das bezweifeln — kann unsere Auffassung in der neuesten Arbeiterpolitik nachgelesen werden.

Doch zurück zur oben erwähnten Diskussion über die Bundestagswahl auf Eurem B+G-Treffen.

Der Tenor der ersten Äußerungen verschiedener Kollegen war, daß man 1980 nicht mehr SPD wählen könne. Ein Kollege der Z-Gruppe führte als Begründung dafür die praktischen Entscheidungen der SPD in den letzten Jahren an — alle Beschlüsse und Maßnahmen würden die Politik der Unternehmer unterstützen. »Die Sozialdemokratie ist objektiv eine historische Bremse«, sagte er, und »Die SPD betreibt Kriegspolitik«. Der Kollege, er war selbst Mitglied der Grünen, hielt es aber gleichzeitig für unwahrscheinlich, daß die Grünen bei den Wahlen einen nennenswerten Anteil erringen könnten. Euer Diskussionsleiter faßte das für die Linken entstehende Problem so zusammen: »Die Linke hat das Problem, nicht mehr SPD wählen zu können, aber zur Wahl der Grünen aufzurufen ist auch nicht drin.« Ein Kollege aus Nürnberg hatte dann den Mut, über die eigene linke Nasenspitze hinauszuschauen und sich der Lage im Betrieb zu erinnern. »Das ist bei den Bundestagswahlen genauso wie bei Betriebsratswahlen im Betrieb. Die Kollegen geben dem die Stimme, der die Dinge so gut wie möglich für sie erledigt. So verstehe ich auch das Verhalten bei der NRW-Wahl, als sie der SPD die Stimme gaben. Aber das ist doch nicht das, was wir wollen, daß die Arbeiter sich Stellvertreter suchen. Wir als Kommunisten wollen doch mehr, wir wollen doch, daß sie sich selbst beteiligen...«

Daran anknüpfend versuchten wir zu erklären, daß die Arbeiter in NRW (teilweise auch CDU-Anhänger) sich mit ihrem Kreuz für die SPD in erster Linie **gegen Strauß** geäußert hätten — Wahl der SPD bedeutet nicht automatisch, die SPD-Politik zu **unterstützen**. Das soll hier näher erläutert werden.

Wählen und unterstützen

Abgesehen davon, welche Partei am 5. Oktober die Regierungsgeschäfte aufgetragen bekommt, die **künftige Regierungspartei** kann nicht mehr den Wirtschaftsaufschwung verwalten, sie muß die **Krise verwalten**. Sicher können wir im einzelnen noch nicht erkennen, wie einschneidend, wie spürbar für breite Teile der Bevölkerung sie sein wird, aber sicher ist, daß die Überproduktionskrise der westlichen Welt sich auch in der BRD noch stärker als bisher breit machen wird. Alle bürgerlichen Politiker wissen um die auf sie zukommenden Schwierigkeiten: Wie der arbeitenden Bevölkerung die Krisenlasten aufbürden und ihr dabei klar machen, daß es das »bestmögliche« für alle Beteiligten sei. Den bürgerlichen Parteien geht es z. T. darum, möglichst nur **Teile** der Arbeiter und Angestellten stärker zu belasten, Unterschiede möglichst beizubehalten (die teilweise sehr unterschiedliche Kon-

junktur in den verschiedenen Branchen kommt diesem Vorhaben entgegen), so daß aus noch vereinzelt aufflackernder Empörung und Widerstand so lange wie möglich kein Steppenbrand entsteht. Das ist die Aufgabe, die die Regierung und die sie tragende Partei zu bewältigen hat — will sie den bürgerlichen Staat erhalten.

Die Aufgaben der Kommunisten sind dem genau entgegengesetzt: Ohne Zutun der Kommunisten entsteht Protest und Empörung in der Bevölkerung, an einzelnen Stellen, aus unterschiedlichen Anlässen, ohne Richtung zunächst. Wir müssen erklären, auf die Perspektive hinweisen, praktische Lösungen vorschlagen, die Vereinzelt praktisch zusammenführen, so daß in den Kämpfen klassenbewußtes Handeln entsteht, sich die Klasse herausbildet, die fähig ist, Widerstand gegen die bürgerliche Klasse und ihre Politik zu leisten.

Was kann die SPD »tun«?

Wenn nach diesen Bundestagswahlen die unweigerliche Tatsache, daß immer weniger zu verteilen ist, daß die Mitbestimmung mit Verhandlungen nicht verteidigt werden kann, daß auch das Lohnniveau abgebaut werden muß, wenn dieses alles den Arbeitern durch die SPD verkauft wird als das »politisch Machbare«, weil der Koalitionspartner FDP nicht mehr zuläßt, wird es der SPD leicht gemacht, weiterhin Illusionen darüber zu verbreiten, was sie könnte, wenn man sie nur ließe.

Würde die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit bekommen, könnte sie sich nicht mehr auf den Bremser FDP berufen. (Aus Furcht vor dem großen Abnutzungseffekt einer solchen Situation sagt Schmidt jetzt schon, daß die SPD-Politik ohne FDP auch nicht viel anders aussähe). Den Kommunisten würde es eher möglich sein, zu erklären, daß und warum in der Krise mit sozialdemokratischer Politik nichts rauszuholen ist, ja noch nicht mal das Erreichte zu erhalten ist. Um das aber denen zu erklären, für die die SPD dann immer weniger der Garant des Bestehenden ist, muß man die Voraussetzungen schaffen, daß die diese Arbeiter auch einem Kommunisten zuhören. Eine Möglichkeit dafür sehen wir darin, mit diesen Arbeitern und Angestellten **gegen Strauß die SPD zu wählen** — was heutzutage das Gegenteil von unterstützen ist.¹⁾

Die nach der Wahl entstehenden Aufgaben können nur mit Teilen von den Arbeitern gelöst werden, die heute noch ihr Kreuz für die SPD als ihren weitestgehenden politischen Akt betrachten. Werden sie in der weiteren politischen Entwicklung in ihren Hoffnungen enttäuscht (z. B. große Koalition?), kann das Abrutschen dieser Enttäuschung in ein rein reaktionäres Fahrwasser nur **verhindert** werden, wenn Kommunisten in der Lage sind, bei diesen Arbeitern Gehör zu finden durch praktische Vorschläge, die Angriffe auf den Lebensstandard abzuwehren.

Diese Aufgabe nimmt uns niemand ab — es ist einfach niemand da, der das könnte. Das betonen wir deshalb, weil in Eurer Diskussion zur Wahl oft gesagt wird: »SPD kann ich nicht mehr wählen.« Die Enttäuschung, die hier zum Ausdruck kommt, ist die Folge von offensichtlich falschen Ansprüchen an die SPD. Die Sozialdemokratie steht zum bürgerlichen Staat, sie wird niemals zulassen, daß in ihrem Namen etwas geschieht, welches den Rahmen des bürgerlichen Staates

1) In Eurer Resolution heißt es: »... daß der großen Mehrheit der Bevölkerung im wesentlichen immer noch Bewahrung statt Veränderung des Bestehenden als ihr Interesse erscheint.«

Die Bewahrung des Bestehenden ist das tatsächliche Interesse der Mehrheit der Bevölkerung. Denn die bestehende Ordnung hat diesen Menschen bisher einen materiellen Wohlstand geboten, den eine Arbeiterschaft noch nie vorher

verläßt. Sie wird die Politik machen, die für ihre Grundlage, den bürgerlichen Staat, notwendig ist. In den fetten Jahren dieser Republik hat sie gewisse Reformen für Teile der Bevölkerung verteilen können, hat sie politische Einengungen demokratischer Rechte noch nicht in dem Maße durchsetzen brauchen wie heute — deswegen waren sie in Euren Augen damals »fortschrittlicher« (siehe Resolutionsentwurf) und **deswegen** auch für »Linke« (z. B. 1972) wählbar? Da in der jetzt ansteigenden Krise andere politische Maßnahmen notwendig sind, als sie in den fetten Jahren möglich waren, folgt auch die SPD dieser Notwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung. Wenn in Eurem Resolutionsentwurf das wiederum als »scharfe Rechtswendung« und »reaktionäre Politik« bezeichnet und die bisherige SPD-Politik als verantwortlich für die heutigen Chancen von Strauß hingestellt werden, verwechselt ihr Roß und Reiter. Von der SPD auch nur in Ansätzen **erwarten**, daß sie in der Krise diese bürgerliche Ordnung gegen den Strich büstet — **dann enttäuscht** sein, daß sie das nicht tut, heißt nichts anderes, als von einer bürgerlichen Partei erwarten, daß sie die Aufgaben der Kommunisten übernimmt. Es ist vergebende Kraft, die Enttäuschung über die Sozialdemokratie durch Schimpfen über ihre »Verrätereien« immer wieder zu betonen. Ebensowenig fruchtbar ist es, die SPD als »historische Bremse« zu bezeichnen, wenn sich die willensstarke Arbeiterbewegung, die angeblich gebremst wird, nur in den Vorstellungen einiger Linker abspielt.

Kampf gegen die Reaktion verbreitern — aber wie?

In Eurem Resolutionsentwurf heißt es: »Für die Linke kann es nur darum gehen, die Kandidatur von Strauß... dazu zu nutzen, um den Kampf gegen die herrschende Politik der Reaktion... zu verbreitern und zu verstärken.«

Würde diese Programm-Aussage sich in Eurem praktischen Verhalten niederschlagen, stünde einer fruchtbaren Zusam-

erreicht hat. Daß die von Euch gekennzeichnete Mehrheit der Bevölkerung noch kein Interesse an Veränderung hat, daß sie nicht an sogenannten »Alternativen«, erst recht nicht an »sozialistischen Alternativen« interessiert ist, heißt aber noch lange nicht, daß diesem Hang nach »Bewahrung« nichts system sprengendes innewohnt. Im Gegenteil:

Die kapitalistische Krise hat zur Folge, daß die herrschende Klasse nicht mal mehr die »Bewahrung des Bestehenden« für die werktätige Bevölkerung garantieren kann. Wenn sich z. B. Belegschaften gegen Lohn- und Arbeitsplatzabbau wehren, ohne auf die betriebswirtschaftlichen »Notwendigkeiten« derselben Rücksicht zu nehmen, wenn sie eben nur »bewahren« wollen, was bisher da war, kommen sie unter heutigen Bedingungen sofort an die Grenzen dieses Systems. Dagegen ist das Sahnetorten-schmeißende »Protestpotential« der »alternativen« Grünen Spitzenkandidaten in Hamburg höchstens dazu fähig, die großartige liberale Parteienvielfalt dieses Systems unter Beweis zu stellen.

2) Als wir auf Eurem B+G-Treffen diese Überlegungen äußerten, wurden wir von Eurem Diskussionsleiter scharf kritisiert: Die Unterscheidung zwischen Wählen und Unterstützen sei zwar feinsinnig, aber das verstünde niemand... wir haben mal nachgelesen: **Noch 1972** (Mißtrauensvotum gegen Brandt-Regierung) hat der KB sich auf Lenin berufen, als er zur Wahl der SPD aufrief:

» An diese Bewegung anzuknüpfen und sie im Rahmen unserer noch sehr geringen Möglichkeiten voranzutreiben, zugleich die darin enthaltenen Illusionen zu bekämpfen, das schien uns am besten möglich in Verbindung mit einer konkreten Wahlempfehlung für die SPD.

Uns schien dies eine richtige Anwendung der Taktik, wie sie Lenin in »Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus« (1920) beschreibt: »Den englischen Kommunisten fällt es jetzt sehr oft schwer, an die Masse auch nur heranzukommen, sich bei ihr auch nur Gehör zu verschaffen. Wenn ich als Kommunist auftrete und erkläre, daß ich dazu auffordere, für Henderson und gegen Lloyd George zu stimmen (d. h. für die Sozialdemokraten und gegen die Konservativen), so wird man mich gewiß anhören. Und ich werde nicht nur in populärer Weise erklären können, warum die Sowjets besser sind als das Par-

menarbeit zwischen uns nichts im Wege — doch wie sieht's wirklich aus?

Die Demonstration gegen den Strauß-Besuch am 25. 8. war von den Jungsozialisten **gegen** den Widerstand der Partei durchgesetzt worden. Ist es Aufgabe von Kommunisten, die den Kampf »verbreitern und verstärken« wollen, die Jusos dabei praktisch zu unterstützen oder sollen die Kommunisten es der SPD-Führung erleichtern, die Jusos wieder an die Kandare zu nehmen?

Der KB hat sich die zweite Rolle ausgesucht, er macht sich zum Wortführer eines kleinen Teils der Demonstration, welcher ohne überlegte politische Perspektive an dieser Demonstration teilnahm und vor allem seine ohnmächtige Wut gegen diese Verhältnisse zum Ausdruck bringen wollte. Die Ohnmacht dieser Jugendlichen befördernd, in eine von vornherein aussichtslose Konfrontation mit der Polizei treibend, bewirkte die Einflußnahme des KB zweierlei: Die Jugendlichen wurden in ihrer Ohnmacht allein gelassen, eine Lösung fanden sie nur darin, sich an den Polizisten ausgetobt zu haben. Die Mehrheit der Demonstranten ging diesen ohnmächtigen Weg nicht mit, ließ die Jugendlichen allein. Von den Organisatoren der Demonstration (Initiative gegen Rechts — stoppt Strauß) war und ist nicht zu erwarten, daß sie in der Lage sind, bei den Demonstranten politisches Verständnis für die Lage dieser Jugendlichen zu wecken. Es entstand das Gegenteil von »verbreitern und verstärken«. Die Organisatoren, vor allem Jusos und DKP sind in ihrem Urteil bestärkt, daß der KB kein ernsthafter Partner für solche Bündnisse ist, das Verhalten des KB ist ihnen ein weiterer Beweis. Die Wirkung: das Gegenteil von »verbreitern und verstärken«.

Wichtiger noch finden wir die Folgen Eures Handelns bei der Masse der Demonstranten. Mit rund 20.000 Menschen war diese Demonstration die weitaus größte der letzten Jahre. Soweit wir beobachten konnten, war der Besuch von Strauß

lament und die Diktatur des Proletariats besser ist als die Diktatur Churchills... sondern ich werde auch erklären können, daß ich Henderson durch meine Stimmabgabe ebenso stützen möchte, wie der Strick den Gehängten stützt (!); daß in dem Maße, wie sich die Henderson einer eigenen Regierung nähern, ebenso die Richtigkeit meines Standpunkts bewiesen wird, ebenso die Massen auf meine Seite gebracht werden und ebenso der politische Tod der Henderson und Snowden beschleunigt wird, wie das bei ihren Gesinnungsgenossen in Rußland und Deutschland der Fall ist.

Und wenn man mir entgegen sollte, das sei eine zu »schlaue« oder zu komplizierte Taktik, die Massen würden ebenso stützen, sie werde unsere Kräfte verzetteln, zer-splittern, werde uns hindern, diese Kräfte auf die Sowjetrevolution zu konzentrieren, usw., so werde ich diesen »linken« Opponenten antworten: Wälzt euren Doktrinarismus nicht auf die Massen ab! In Rußland ist das Kultur-niveau der Massen gewiß nicht höher, sondern niedriger als in England. Und dennoch haben die Massen die Bolschewiki begriffen...« (AK Nr. 81 vom 31. 3. 1976)

Im gleichen Artikel wird für 1976 ausgesagt: »Gegenüber 1972 kann heute von einer Massenbewegung für die SPD nicht die Rede sein... Die SPD heute zu unterstützen, »wie der Strick den Gehängten stützt«, damit sie sich in der Regierung noch weiter entlarvt, scheint uns nach den vorangegangenen vier Jahren Regierungspolitik der SPD keine glaubwürdige Taktik mehr zu sein.«

Verglichen mit 1976 kann heute von einer Bewegung gegen Strauß durchaus die Rede sein, dennoch will der KB 1980 die Wahl nutzen, möglichst viele Stimmen auf das Spektrum von Protestparteien (Grüne, DKP, Volksfront, KBW) zu vereinigen, um »die unvermeidliche Darstellung linker Schwäche durch das Wahlergebnis nach Möglichkeit abzumildern.« Das mag das politische Ziel von irgendwem sein. Doch wenn es eine politische Organisation in einer Resolution verabschiedet, taucht die Frage auf, ob in die gleiche Resolution die Aussage von der Notwendigkeit, »die Kandidatur von Strauß dazu zu nutzen, um den Kampf gegen die herrschende Politik... zu verbreitern und zu verstärken« böswillig hineingeschmuggelt wurde.

für viele Kollegen und Nachbarn ein Anlaß, das erste Mal zu einer politischen Demonstration zu gehen. Der Anlaß und der Beginn der Demonstration war also ein Stück in die Richtung, den Kampf zu »verbreitern und zu verstärken«, — gerade in Richtung auf die Teile der arbeitenden Bevölkerung, für die der Besuch einer Anti-Strauß-Demonstration ein erster praktisch-politischer Schritt bedeutet. Späterer Verlauf und Ende der Demonstration haben oft bewirkt, daß die, die das erstmal »mitmachten«, die überhaupt kein Interesse an der Durchsetzung eines Demonstrations»rechtes« gegen die Polizei hatten, von »so etwas« die Nase voll haben.

Aufgabe von Kommunisten wäre es in dieser Situation gewesen, mindestens den Versuch zu unternehmen, auf die Jugendlichen mit ihrer Wut gegen die Polizei mäßigend zu wirken, ihnen eventuell die politische Absicht, »verbreitern und verstärken« zu wollen, zu erklären. Der KB hat das Gegenteil gemacht.

Was bei den Grünen holen?

Ein großer Teil Eurer Resolution befaßt sich mit der Entwicklung bei den »Grünen«, die Schlußfolgerung daraus ist: »Der KB wird stärker als bisher innerhalb (!) der Grünen arbeiten, um mit zahlreichen Mitgliedern zusammenzuarbeiten, die einen sozialistischen Weg suchen.« Im selben Schlußabsatz stellt ihr fest, daß es für die Zukunft sozialistischer Politik in der BRD desto besser ist, »je früher sich eine verstärkte Diskussion und Auseinandersetzung um eine selbständige Klassenpolitik der Arbeiterbewegung (!)

... von einer selbstgewählten Anbindung an konservative und kleinbürgerliche Kräfte löst...«

Eure Absicht, innerhalb der Grünen zu arbeiten, hat in gewissem Maße Eure Anbindung an konservative und kleinbürgerliche Kräfte zur Folge — durch den kräftezehrenden ideologischen und Statuten-Streit. Doch wichtiger noch ist u.E. für Kommunisten, daß sie bei der Auseinandersetzung mit Strömungen wie den Grünen erstens vom **Klassenstandpunkt** ausgehen und zweitens durch ihre Verwurzelung in der Arbeiterschaft in der Lage sind, die Interessen und die Möglichkeiten der werktätigen Bevölkerung zum Ausgangspunkt ihrer Tätigkeit zu machen. Das ist etwas anderes, als die verschiedensten »bunten« Einzel- und Gruppeninteressen zu summieren und die Summe zum Programm zu erklären.

Kann man mit den (angeblich zahlreichen) Grünen, die einen sozialistischen Weg suchen, nicht viel leichter und ungebunden von konservativen und kleinbürgerlichen Grünen dort zusammenarbeiten, wo sie neben ihrer Tätigkeit bei den Grünen auch noch zu finden sind: in der Gewerkschaft und am Arbeitsplatz? Und dort z. B. mit allen Kolleginnen und Kollegen über die Bundestagswahl reden? Und dann das, was unter Arbeitern und Angestellten — nicht unter den »Linken« — für Gedanken entwickelt werden, im Arbeiterkampf zumindest zur Kenntnis nehmen?

Für Diskussion und Auseinandersetzung um eine **selbständige Klassenpolitik** sind wir auch — deswegen dieser Brief. Gruppe Arbeiterpolitik, Hamburg. ■

Die Protest-Demonstration gegen den Strauß-Besuch in Hamburg

Anfang August wurde bekannt, daß Strauß am 25. dieses Monats nach Hamburg kommen wollte. Geplant war von der CDU-Hamburg eine Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle. Die schon seit Monaten bestehenden »Stopp Strauß«-Initiativen hatten für diesen Tag eine Gegendemonstration ins Auge gefaßt. Uneinigkeit herrschte jedoch über das Ziel der Demonstration. Während die einen die Abschlußkundgebung auf dem Große Neumarkt durchführen wollten (hierzu rief als einzige Gewerkschaft auch die IG Druck auf), war den anderen dieser Kundgebungsplatz zu weit von der Strauß-Versammlung entfernt. Sie riefen zur Demonstration bis hin zur Ernst-Merck-Halle auf. Wie schädlich diese Spaltung war, sollte sich später zeigen.

Die Beteiligung an der Demonstration war sehr groß. Die Polizei sprach von 12—15.000 Teilnehmern. Demonstrationsteilnehmer schätzten jedoch die Zahl auf mindestens 20.000. Außer den IG Druck-Kollegen hatten sich von Gewerkschaftsseite aus auch IG-Metaller und Lehrer mit Schildern und Transparenten beteiligt. Es war später von vielen Kollegen zu hören, daß die Ansprechbarkeit anderer Kollegen ziemlich groß war.

Mehrere tausend Polizisten aus verschiedenen Bundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen, vermittelten den Eindruck des Belagerungszustands in Hamburg. Sie hatten die Ernst-Merck-Halle sehr weitläufig abgesperrt, um die Strauß-Veranstaltung zu schützen. Eine rechte Chance, dorthin mit vielen Menschen ohne Eintrittskarten vorzudringen, bestand ersichtlich nicht. Versucht wurde es dennoch von einem Teil der Demonstranten.

Die Spaltung wurde schon zu Beginn des Protestmarsches ersichtlich. Viele derjenigen, die unbedingt zur Ernst-Merck-Halle wollten, versuchten sich an die Spitze des Zuges zu setzen. Das gelang ihnen zwar nur teilweise, führte aber an der Stadthausbrücke dazu, daß anfänglich viele Teilnehmer nicht geradeaus zum Große Neumarkt, sondern rechts in Richtung Ernst-Merck-Halle abbogen. Ihr Weg endete jedoch schon nach wenigen Metern vor einer massiven Polizeikette. Dort kam es zu ersten Rangeleien zwischen Polizei und Demonstranten. Vereinzelt Steinwürfe wurden mit Tränen-

gasgranaten beantwortet. Als die Demonstranten sahen, daß es kein Durchkommen gab, forderte ihr Lautsprecherwagen sie auf, umzudrehen und einen anderen Weg in Richtung Strauß-Veranstaltung zu gehen. Jetzt kam es zu größeren Auseinandersetzungen. Die Polizei knüppelte mit rücksichtsloser Härte auf die Abziehenden, die sich mit einem Stein- und Flaschenhagel zu wehren versuchten.

Die Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer — teils verwirrt durch die für sie unüberschaubaren und gefährlichen Ereignisse — ging sofort nach Hause oder zog zum Große Neumarkt, wo eine relativ unattraktive Abschlußkundgebung stattfand. Viele zogen noch in kleineren Gruppen zu den Polizeiabsperrungen.

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei dauerten bis zum späten Abend an. Sie markierten den Weg derjenigen, die noch zur Ernst-Merck-Halle wollten und die dabei, selbst nach Aufgabe dieses Zieles, von der Polizei unnachgiebig verfolgt wurden. Es waren dies überwiegend sehr junge Leute. Falsch ist jedenfalls, daß es sich bei ihnen um eine Handvoll Punkern handelte, wie es die bürgerliche Presse darstellt. Es war schwer, eine politische Motivation in ihrem Handeln zu sehen. Ihre Steinwürfe müssen als Ausdruck ihrer Ablehnung gegenüber einer Obrigkeit gesehen werden, die ihnen mit verlogenen Politikerphrasen und Jugendarbeitslosigkeit keine Perspektiven zu bieten vermag.

Die Zahl der Jugendlichen, die sich von dieser Gesellschaft betrogen und ausgestoßen fühlen, ist im Wachsen. Die Verantwortlichen und Regierenden sehen nur einen Ausweg mit mehr Polizei und härteren Einsätzen, um ihre »Ordnung« aufrecht zu erhalten. Bei den Gewerkschaften und in den Anfängen einer sozialistischen Arbeiterbewegung finden die Jugendlichen heute noch keinen Halt und keine Perspektive für eine neue gesellschaftliche Ordnung. Solange entscheidende Teile der Arbeiterschaft sich nicht aus ihrer politischen Gleichgültigkeit erheben, bleibt die erwachende und rebellierende Arbeiterjugend ein Tummelplatz anarchistischer und kleinbürgerlich-scheinrevolutionärer Verwirrung.

Ohne die Ursachen dieser Bereitschaft zur gewaltsamen Auflehnung zu verkennen, werden sich die Demonstranten,

insbesondere die Gewerkschaftskollegen, überlegen müssen, ob sie sich die politische Gestaltung einer solchen Demonstration von denjenigen aufzwingen lassen wollen, die durch ihr Verhalten viele Menschen abstoßen, die wir aber gewinnen **müssen**. Andernfalls haben wir sie vielleicht das erste und letzte Mal auf einer Demonstration gesehen.

Konkret heißt das, daß wir dort, wo das schon möglich ist, mit den Kollegen eine Diskussion führen, daß die teilnehmenden Organisationen sich vorher über den politischen und organisatorischen Ablauf verständigen, auch über den Schutz der Demonstration vor Provokationen von innen oder außen. Dies darf nicht nur als technisches Problem verstanden werden. Denn eine praktische Ein- und Unterordnung kann nur das Ergebnis vorheriger offener Diskussion unter den Veranstaltern sein, und zwar unter allen. Nur die politische Einsicht kann so etwas schaffen und aufrecht erhalten. Hier in Hamburg ist sichtbar geworden, wie schädlich für alle Teile diese bisherige Zweiteilung sich auswirkt. Und die Schuld an dieser Spaltung ist nicht einseitig zu suchen.

Die Demonstration hat ein Todesopfer gekostet. Der 16jährige Tischlerlehrling Olaf Ritzmann wurde nach einer

Polizeiattacke gegen Demonstranten auf dem S-Bahnhof Sternschanze von einem einfahrenden Zug angefahren. Seinen schweren Verletzungen erlag er wenige Tage später. Wie auch immer die Ermittlungen verlaufen sollten, so ist doch eins nicht aus der Welt zu schaffen: Daß der Tod des Lehrlings eine Folge des Polizeieinsatzes zum Schutz der Strauß-Kundgebung an diesem Tage ist. Die Jagd auf Demonstranten, der Einsatz von Tränengas, von technisch überlegenen, und für Demonstrationen besonders ausgerüstete und ausgebildete Polizeieinheiten soll dazu dienen, die Demonstranten nicht nur von zu »schützenden Objekten« fernzuhalten, sondern auch sie kopflos und verängstigt auseinanderzujagen. Welcher Hohn, wenn dann von offizieller Seite noch die Äußerung zu hören ist, daß die Demonstranten doch vor der Polizei gar nicht wegzulaufen brauchten! ■

Zur Diskussion stellen wollen wir einen Leserbrief aus der »tageszeitung« vom 5. 9. 1980, der sich mit der Verantwortlichkeit der Veranstalter von Demonstrationen für den Ablauf befaßt.

Betr.: taz-Kommentar zum Tod von Olaf R.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, eines vorneweg: Es ist dringend erforderlich den wahren Ablauf der Ereignisse während und auch der Anti-Strauß-Demo und den verantwortlichen Einsatzleiter des brutalen und verhängnisvollen Polizeieinsatzes zu ermitteln, um nötigenfalls rechtliche Schritte einzuleiten.

Ich werde aber wütend und traurig, wenn ich jetzt die moralische Gejammer und die lautstarken Proteste über die brutale Polizei und über den Tod von Olaf höre. Denn viele derjenigen, die jetzt so laut schreien, sind genauso verantwortlich für den Tod von Olaf wie die Polizei. Der Feldherr der seine Soldaten führungslos, unvorbereitet in einen aussichtslosen Kampf schickt, ist verantwortlich für die Opfer unter seinen Soldaten. Und das nachträgliche Geschimpfe über die Grausamkeit des Gegners macht die Toten nicht wieder lebendig und die Schuld des Feldherrn nicht geringer. Diejenigen, die eine Demonstration organisieren und die (Jugendlichen, völlig unerfahrenen) Demonstranten dann führungslos und unvorbe-

reitet einer hoffnungslos übermächtigen Polizei ausliefert, sind verantwortlich für die Opfer unter den Demonstranten. Es gibt Situationen, in denen die politisch Weitsichtigen die kurzsichtigen Draufgänger zurückhalten müssen, um sinnlose Opfer zu vermeiden.

Ich frage den KB, die FAU und die anderen, die einen Teil der Demonstranten auf die Polizeiketten zuführte, was wolltet ihr erreichen? Wolltet ihr Strauß am Reden hindern? Das mit ein paar tausend unbewaffneten, unerfahrenen Jugendlichen gegen 3.500 schwerbewaffnete Bullen? Wenn ihr ernsthaft vorhattet, Strauß am Reden zu hindern, dann hättet ihr am Tag vorher die Ernst Merk Halle besetzen müssen oder für einen Stromausfall sorgen müssen oder etwas dergleichen, aber nicht Jugendliche animieren eine aussichtslose Schlacht gegen die Polizei zu führen. Wolltet ihr lediglich das Demonstrationsrecht verteidigen? Und deswegen nehmt ihr es in Kauf, daß Jugendliche und Unbeteiligte verprügelt und verletzt werden? Oder wolltet ihr einfach nur radikaler als Jusos und DKP sein?

Der brutale Polizeieinsatz war vorauszusehen. Daß viele Jugendliche, die die Schnauze von diesem Staat voll haben, zur Demo kamen und wild auf eine Auseinandersetzung mit Einrichtungen dieses Staates waren, war auch vorauszu-sehen. Daher war es Pflicht und Aufgabe der Organisatoren der Demo und politisch einen kühlen Kopf Bewahrenden alles zu tun, um eine sinnlose Auseinandersetzung mit der Polizei zu verhindern. Das Gegenteil wurde gemacht. Der große Staat mit den Herrschenden wird uns noch früh genug aufgezwungen, wir brauchen ihn nicht schon jetzt suchen und durch Verantwortungslosigkeit und Blindheit schon jetzt Mitkämpfer zu opfern. Der Kampf für eine bessere, eine sozialistische Gesellschaft wird noch viele unvermeidliche Tote kosten. Der Tod von Olaf war aber unnötig und vermeidbar. Er war nicht umsonst, wenn die Linken, die immer noch ohne Rücksicht auf das Kräfteverhältnis die Schlacht mit der Polizei suchen, ihre Taktik überdenken und lernen würden. Der Kommentar in der taz und die Reaktion der übrigen Linken sprechen leider nicht dafür.

Gerlef